

Chinas Antikorruptionskampagne

Erschütterungen im Machtgefüge

Markus Ackeret, Peking
27. Juni 2014



Ein «Tiger» unter Verdacht: Gegen Su Rong wird wegen Korruption ermittelt.
(Bild: Reuters)

Die Antikorruptionskampagne des chinesischen Staats- und Parteichefs fordert immer neue Köpfe. Sie ist auch ein machtpolitisches Disziplinierungsinstrument. Der Grat zwischen Stärkung und Schwächung der Partei ist dabei sehr schmal.

Erst war es nur ein Gerücht, dann kam am Mittwoch die Bestätigung: Su Rong, einer von 23 stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, ist wegen «Verstössen gegen die Disziplin» abgesetzt worden. Dahinter verbergen sich Ermittlungen wegen Korruption. Diese werden zunächst innerhalb der Kommunistischen Partei durchgeführt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit folgen darauf Parteiausschluss, Anklage und Verurteilung.

Neue «Tiger»

Die Konsultativkonferenz ist ein beratendes Gremium parallel zum Nationalen Volkskongress, die Vizevorsitzenden sind meist Funktionäre auf dem Abstellgleis ihrer Karriere. Trotzdem ist Su, der bis 2013 nacheinander Parteichef in drei Provinzen gewesen war, der bis jetzt höchste Amtsträger, gegen den im Rahmen der Antikorruptionskampagne offiziell vorgegangen wird.

Das macht Su zu einem neuen Vorzeigebeispiel für das Bonmot des Staats- und Parteichefs Xi Jinping, der Kampf gegen Bestechung und Bereicherung werde Opfer unter «Tigern» (hohen Beamten) und «Fliegen» (niedrigen Chargen) fordern. Ein anderer «Tiger», der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission, Liu Tienan, der im Mai 2013 seinen Posten verloren hatte, wurde am Dienstag formell wegen Bereicherung angeklagt. Wenige Tage vorher war bekanntgeworden, dass mit Ling Zhengce ein hoher regionaler Funktionär aus der Provinz Shanxi wegen Korruption abgesetzt worden war, der mit dem inneren Pekinger Machtapparat verbunden war. Sein jüngerer Bruder, Ling Jihua, war langjähriger Sekretär und Vertrauter des früheren Staats- und Parteichefs Hu Jintao, war aber im Zuge eines Skandals um den Unfalltod seines Sohnes in einem Ferrari auf einen weniger einflussreichen Posten abgeschoben worden.

Der Zugriff auf Ling Zhengce dürfte ein Zeichen sein, dass die Nähe zu Parteigrössen nicht vor Verfolgung schützt und dass auch Ling Jihua von den Umständen seiner Versetzung doch noch eingeholt werden könnte. Die Unberechenbarkeit und wohl auch Willkür, welche die Kampagne auszeichnet, spiegelt sich in diesen Fällen. Im Unterschied zum Vorgehen gegen die Seilschaften des ehemaligen obersten Sicherheitschefs und Mitglieds im Ständigen Ausschuss des Politbüros der KP, Zhou Yongkang, vor allem in der Provinz Sichuan und in der Erdölindustrie scheint Su, Liu und Ling wenig zu verbinden. Aber die Frage bleibt, weshalb es wen zu welchem Zeitpunkt trifft, wenn davon auszugehen ist, dass das gesamte System von Korruption durchzogen ist und kaum ein Parteifunktionär seine Hände in Unschuld waschen kann.

Wachsendes Unbehagen

Das Unbehagen in Partei und Bürokratie scheint deshalb gross. Viele Funktionäre befürchten, selbst plötzlich in den Strudel einer Affäre zu geraten – vielleicht auch nur deshalb, weil sie einer Gruppe innerhalb ihrer Behörde zugeordnet werden, der es an den Kragen geht. Seilschaften und Loyalitäten spielen im Apparat eine sehr grosse Rolle; aber der Wind kann rasch und unerwartet drehen. Kritiker der Antikorruptionskampagne stossen sich am Kampagnen-Charakter; die Gefahr, dass letztlich nichts Grundlegendes geändert wird, sondern nur einzelne Sündenböcke – die ohne Zweifel nicht schuldlos sind – angeprangert werden, ist gross, der Grat zwischen Strafverfolgung und Neuordnung von Machtverhältnissen schmal. Das ist auch deshalb so, weil Untersuchungen meist nicht vom Justizsystem ausgehen, sondern von der parteiinternen Disziplininspektionskommission unter der Leitung Wang Qishans, eines der sieben höchsten Parteifunktionäre. Er ist einer der wichtigsten Personen, die Xis Machtanspruch in der Partei durchsetzen.

Wie sehr dabei Korruptionsbekämpfung und Xis übergeordnetes Ansinnen, die Macht der Partei zu sichern und deren Vorbildrolle zu stärken, ineinander übergehen, zeigte jüngst die Kritik eines von Wang in die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften (CASS) entsandten Kommissars. Die CASS ist ein staatlicher Think-Tank, dessen Wissenschaftler auch im Ausland gut vernetzt sind und regelmässig mit nicht ganz linientreuen Kommentaren und Studien an die Öffentlichkeit treten. Der Abgesandte der Disziplin-Kommission rügte die CASS für ihre Nähe zu ausländischen Forschungseinrichtungen; sie sei infiltriert von feindlichen ausländischen Kräften. Auch betreibe sie «illegale geheime Absprachen» in politisch heiklen Perioden. Mit Bereicherung hatten diese Vorwürfe wenig zu tun, eher mit ideologischer Unzuverlässigkeit. Dass Xi auch in den Medien und im Internet, an den Universitäten und in der Partei eine Form der Re-Ideologisierung betreibt und damit das Profil der KP wieder schärfen will, ist nichts Neues. Auch dient die Antikorruptionskampagne der Verbesserung des Rufes der Partei in der Bevölkerung. Dass ein Antikorruptionswächter aber

zugleich ideologische Anweisungen gibt, verweist auf die machtpolitische Dimension der Purifizierungskampagne.

Mehr Härte

Um die Deutungshoheit der Partei über die Korruptionsbekämpfung geht es auch, wenn – wie vor kurzem – weitere Aktivisten zu Haftstrafen verurteilt werden, die sich für die Offenlegung der Vermögensverhältnisse der Funktionäre und von deren Familien eingesetzt hatten. Die Forderung, die bereits während der Demokratiebewegung 1989 eine Rolle gespielt hatte, ist populär, aber die Partei will selbst entscheiden, wer wen anschwärzen kann. Auch deshalb wurden die Regeln für Journalisten verschärft. Diese müssen künftig noch strikter um das Plazet ihrer Vorgesetzten bitten, wenn sie «kritische» Artikel schreiben, und Einzelheiten aus ihren Recherchen dürfen sie nicht mehr auf privaten Blogs verbreiten. Das hatte etwa im Fall des erwähnten hohen Funktionärs Liu Tienan zu dessen Sturz beigetragen.

Mit der Anklage gegen den Bürgerrechtsanwalt Pu Zhiqiang, der vor dem Jahrestag der Niederschlagung der Demokratiebewegung am 4. Juni festgenommen worden war, setzt die Partei ihre Härte gegenüber unabhängigen Denkern fort. Deren Vorstöße waren bis anhin noch geduldet worden; nun scheint die Staatsmacht Pu, ähnlich wie den Gründer der Bewegung der neuen Bürger, Xu Zhiyong, oder den uigurischen Intellektuellen Ilham Tohti erst einmal aus dem Verkehr ziehen zu wollen. Dies und die verschärfte Kontrolle über Internetmedien und Kurzmitteilungsdienste begründen selbst Funktionäre im Gespräch damit, dass angesichts der Unruhe durch die Antikorruptionskampagne und den schwächeren Wirtschaftsgang die «Stabilisierung der Gesellschaft» höchste Priorität genieße. Zu viel Rumpeln könnte Xis Projekte durcheinanderbringen.